



22. Dezember 2023

Ansprechpartner: Bürgermeister Jochen Bidlingmaier

## Aus dem Gemeinderat

### Rede zum Haushalt 2024

Bürgermeister Jochen Bidlingmaier hält vor dem Gremium seine Rede zum Haushalt 2024:

*„Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung, so langsam aber sicher sind wir in Albershausen wieder in unserem normalen Turnus, zumindest was die Haushaltseinbringung angeht. Das ist für uns alle gut: Sie als Mitglieder des Gemeinderats können den Jahreswechsel und die sitzungsfreie Zeit mit dem Studium des Plans nutzen. Aber auch für den Kämmerer ist es wichtig, dass wir wieder einen Schritt zurück in die gewohnte Ordnung finden. Im Januar in den Ausschüssen wollen wir Ihre Fragen zum Haushalt beraten, ehe wir Ende Januar Ihre Anträge erwarten und dann hoffentlich den Haushalt für das Jahr 2024 beschließen können. So haben wir das stets in der Vergangenheit im System der Kameralistik gehandhabt. So wollen wir es nun auch wieder mit der Doppik versuchen. Auch mir ist es recht, denn zwei Haushaltsreden pro Jahr sind mir dann doch auch zu viel.*

*Meine Damen und Herren, in 2024 steht die Kommunalwahl an, die unsere Verwaltung schon jetzt ins Schwitzen bringt. Die Wahl des Gemeinderates und des Kreistages sind die komplexesten Wahlen, die wir haben (kumulieren, panaschieren). Das allein würde schon ausreichen.*

*Aber zudem steht noch die Wahl der Regionalversammlung an sowie die Wahl des Europaparlaments. Auch wenn wir verwaltungsintern damit eine Zeit lang gut gebunden sind, ist es mir wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger zur Wahl gehen! Denn die Politik, und gerade die Kommunalpolitik, hat mehr denn je die Aufgabe des Zusammenführens. Dazu zählt auch zu kommunizieren, was (noch) machbar ist, und was nicht zu schaffen ist. Ich könnte Ihnen ganz viel aufzählen, was die Gemeinden vor Ort „nebenbei“ umzusetzen hatten. Vielleicht, weil es irgendwie gemeistert wurde, kommt immer nochmal eins oben drauf. Aber meine Damen und Herren, es kann so nicht weitergehen!*

*Vielleicht würde der Bundes- und Landesregierung eine Politik der kleinen Schritte guttun?! Wenn ich betrachte, wie heute Gesetze gemacht werden, dann ist das fern jeglicher Realität. Denn unsere Regierung haut ein Gesetz nach dem anderen raus, setzt die Vorgaben aber gar nicht um, sondern lässt umsetzen. Vor dem Hintergrund*

der Gewaltenteilung ist das zwar nicht falsch. Aber 80 % der erlassenen Regelungen müssen von den Kommunen irgendwie gestemmt werden.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel festmachen, das uns seit Mai direkt trifft, der Glasfaserausbau.

In den 1950er Jahren hatte das Bundespostministerium die Aufgabe, dass jeder Haushalt in den Genuss eines Telefonanschlusses kommt und einen Kasten mit Wählscheibe erhält. Heute ist der Bund nicht mehr in der Lage, dieses so wichtige Infrastrukturprojekt bundesweit selbst zu meistern. Da müssen wir uns auch nicht wundern, wenn wir im internationalen Ranking der Glasfaseranschlüsse auf Platz 35 sind – hinter Ländern wie Litauen, Kolumbien, Costa Rica oder Slowenien, also weit dahinter.

Für uns in Albershausen ist ein Glasfaseranschluss ein wichtiger, nicht zu vernachlässigender Standortfaktor. Das habe ich sowohl beim Verkauf von Gewerbeflächen bemerkt, aber auch die Nachfrage bei privaten Haushalten ist vorhanden. Mit der Deutschen Glasfaser treibt bei uns ein privates Unternehmen den flächendeckenden Ausbau voran – eigenwirtschaftlich, also auf eigene Kosten. Dass dabei nicht alles reibungslos gelaufen ist, ist das eine. Da wo gehobelt wird, da fallen bekanntermaßen auch Späne. Im Großen und Ganzen können wir in Albershausen glücklich sein, dass wir voraussichtlich innerhalb eines Jahres, also bis Mai 2024 dann flächendeckend unsere Anschlüsse haben werden.

Aber an der Stelle möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass wir seit dem Frühjahr viele Kapazitäten für den Ausbau verwaltungsintern gebunden haben. Hier reicht uns dann für viele andere Dinge einfach nicht die Zeit.

Aber wir als Gemeinde haben die Chance genutzt, sind eingesprungen und setzen das Projekt gemeinsam mit der Deutschen Glasfaser um – ohne unsere andere Infrastruktur zu vernachlässigen, also die Wasserversorgung oder das Entsorgen von Abwasser. Gleichzeitig tragen wir als Gemeinde Sorge dafür, dass die Kinder in unseren kommunalen Einrichtungen betreut und in der Schule gebildet werden – eigentlich ist letzteres Aufgabe des Landes, aber den Lehrermangel fangen wir mit zwischenzeitlich drei FSJ'ern ab.

Nebenbei sollen die Kommunen vor Ort den Klimawandel umsetzen – ob Fördermittel nach dem 60 Milliarden-Euro-Verfassungsgerichts-Deasaster noch da sind oder nicht, ist unbekannt. Wohin wir die Geflüchteten unterbringen sollen, erklärt mir auch keiner. Aber ich merke eine sinkende Bereitschaft in der Bevölkerung. Gleichzeitig stelle ich jedoch fest, dass wir mehr und mehr Formalien einhalten müssen:

Es sollen jährlich 400.000 neue Wohnungen entstehen, gleichzeitig verhindern einzelne Streuobstbäume die Ausweisung eines Wohngebiets. Investiert man in den Bestand, sind schier nicht enden wollende Vorgaben nach dem GEG, EEG und EWärmeG usw. einzuhalten. Ob man Handwerker findet, ist nochmal ein ganz anderes Thema. Unendlich nach oben bauen, geht aber auch nicht. Da fehlen dann irgendwann die Stellplätze und der Brandschutz lässt sich auch nicht mehr gewährleisten. Da kommen wir schnell in eine andere Gebäudeklasse, die vermutlich so nicht mehr genehmigt werden kann.

Um es für heute bewenden zu lassen: es gibt mehr Vorschriften bei uns, was alles nicht geht, als mancher Möglich-Macher es gerne hätte. Dabei hat es Adam Smith in Wohlstand der Nationen bereits vor rund 250 Jahren festgehalten: der Staat solle sich aus der Wirtschaft heraushalten („Der Staat ist ein schlechter Unternehmer“) und solle sich hingegen darauf beschränken, die innere und äußere Sicherheit, sowie die Rechtssicherheit in seinem Wirtschaftsraum sicherzustellen, um den Unternehmern die ungehinderte Führung ihres jeweiligen Wirtschaftsbetriebes dort zu ermöglichen.

Das würde auch die Verwaltungen und die Gerichte deutlich entlasten. Aber vermutlich wird das nur ein Wunschtraum von mir bleiben.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Haushalt der Gemeinde Albershausen kommen.

Da die Umlagezahlungen der Gemeinde sich stets an die Steuerkraft des zweitvorangegangenen Jahres orientieren, müssen wir für 2024 tiefer in unsere Taschen greifen, da das Jahr 2022 deutlich besser verlief als noch 2021. Das spiegelt sich dann im aktuellen Haushaltsplanentwurf an diversen Stellen wider: die FAG-Umlage steigt zum Vorjahr um mehr als 400.000 € an auf rd. 1,6 Mio. €. Die Kreisumlage steigert sich bei einem angenommenen gleichbleibenden Hebesatz um 600.000 € auf 2,34 Mio. €. Beide Umlage-Posten zusammen führen zu einem schlechteren Ergebnis von über 1 Mio. €.

Unter anderem wegen des überbordenden Bürokratismus und der vorbeschriebenen Regulierungswut sowie dem Abwälzen von Realisierungen und Umsetzen von Ansprüchen haben wir in unserem Haushaltsplan schon seit einigen Jahren einen sehr hohen Block mit Personalkosten. Um es genauer zu sagen, ist es der größte Ausgabenblock in unserem Planwerk mit annähernd 4 Mio. €. Das ist einerseits vor dem Hintergrund des Arbeitskräftemangels gut, dass wir voll besetzt sind.

In der Vergangenheit blieb jedoch mehr Geld nach Abzug der Personalkosten und Umlagen von den Einnahmen übrig, das wir baulich in unsere Infrastruktur investieren konnten. Wir haben rd. 300.000 € an Mehrausgaben im Personalbereich in den Haushalt eingepreist. Somit haben wir auch hier eine Steigerung, auch wenn diese nicht so extrem stark ansteigt, wie bei den Umlagezahlungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Investitionen in 2024 werden sich auf bereits Begonnenes konzentrieren. In den kommenden Jahren werden wir durch die Neugestaltung des Rathausumfelds Kapazitäten binden müssen. Für das Rathausumfeld haben wir Planungskosten in 2024 i.H.v. 650.000 € im Haushalt eingeplant.

Unter die Abwicklung von begonnenen Maßnahmen fallen bei mir:

- Höfelbett Erschließungskosten mit über 1 Mio. €
- Erschließung Hangeswiesen 170.000 €
- In der Schule und in den KiTas werden div. Möbel, Sonnenschutz, aber auch Spielgeräte beschafft für zusammen rd. 25.000 €
- Grünsammelstelle mit 230.000 € eingeplant – Verfahren wurde aufgenommen
- Inlinersanierung als Ausfluss der EKV sollen umgesetzt werden: 95.000 €
- Das Gewerbegebiet soll 2024 seinen Asphalt-Endbelag erhalten, hierfür kalkulieren wir 155.000 € ein
- Der Fußweg zw. Sparwieser und Schafhofstr. soll erneuert werden, damit das Gebiet rund um die Bachöffnung abgeschlossen ist – 220.000 €
- Die Brunnenleitung von den Hangeswiesen ans Brünnele vor der Bücherei wollen wir sanieren und kalkulieren hierfür 140.000 € an Baukosten ein
- Das Konzept zur barrierearmen Ortsmitte wird mit dem Umbau der Bushaltestellen angestoßen – hierfür haben wir 350.000 € im Haushalt eingepreist.
- Das Radkonzept soll in einem weiteren Schritt fortgeführt werden, indem Anlehnbügel und eine Radreparaturstation angebracht werden – Förderbescheid liegt vor – wir planen dennoch 30.000 € an Baukosten ein
- Rund um das Waldstadion sollen die Sportgeräte um ein Boulefeld erweitert werden – hierfür haben wir 10.000 € bereitgestellt.
- Grunderwerbe werden uns voraussichtlich auch beschäftigen für angebotene Waldflächen, für Grünland, aber auch für Wohnraum für Geflüchtete – ohne

dass ich ein konkretes Objekt im Auge habe. Hierfür haben wir insgesamt über 1 Mio. € eingepreist.

- Die Feuerwehr wird neben Rettungsgeräten auf digitale Alarmierung umgerüstet. Für das Krisenmanagement werden wir auch Gerätschaften einplanen. Hierfür haben wir in Summe über 100.000 € im Haushalt eingestellt.

Tatsächlich neu muss in 2024 die EDV-Ausstattung im Rathaus beschafft, sowie die Zeiterfassung im Rathaus und Bauhof organisiert werden. Auch hier sind im Haushaltsplan rd. 100.000 € notiert.

Ungefähr dieselbe Summe haben wir in 2024 für die Beteiligung an der Sanierung fürs Hohenstaufen-Gymnasium bereitgestellt. Für die kommenden Jahre 2025 bis 2027 werden weitere Abschläge nach Göppingen entrichtet. Vor dem Hintergrund des VGH-Urteils zur Beteiligung Umlandgemeinden bei Generalsanierungen kommen wir um einen Kostenausgleich nach Göppingen nicht umhin. Auch wenn es am Ende über eine halbe Million Euro für Albershausen ist, ist der von Göppingen angebotene Kompromiss fair.

Um all die Ausgaben stemmen zu können, rechnen wir mit Erlösen aus Bauplatzverkäufen in einer Größenordnung von rd. 3 Mio. €.

Größter Einnahmeposten ist jedoch der Anteil an der Einkommenssteuer. Hier rechnen wir mit Einnahmen von mehr als 3,3 Mio. €. Bei den Grundsteuern rechnen wir mit einem Aufkommen knapp über einer halben Mio. €, bei der Gewerbesteuer gehen wir von einem leichten Rückgang in 2024 aus, haben im Plansatz jedoch 1,2 Mio. € veranschlagt. Weitere Einnahmen werden aus verschiedenen Zuweisungen von Bund und Land generiert.

Für 2024 können wir festhalten, dass wir Ihnen keine Steuererhöhungen vorschlagen müssen. Lediglich den Preis für die Wassergebühren müssen wir deutlich erhöhen. Der Beschluss wurde bereits in der November-GRS gefasst.

Wir gehen von einem leicht positiven Gesamtergebnis aus. Das gelingt uns jedoch nur aufgrund der Bauplatzerlöse, die uns außerordentliche Erträge einbringen. Weiterhin wird sich unsere Liquidität um rd. 1,6 Mio. € reduzieren. Dennoch bleiben wir schuldenfrei.

Ich muss aber auch etwas Wasser in den Wein gießen: das Rathausumfeld wird im Finanzplanungszeitraum mit einer Größenordnung von knapp 10 Mio. € uns an die finanzielle Grenze bringen.

Selbstverständlich erhalten wir hierfür Sanierungsmittel. Im Eigenbetrieb der Wasserversorgung haben wir noch ein paar stille Reserven. Stand heute kommen wir zwar im Finanzplanungszeitraum um eine Kreditaufnahme herum. Aus meiner Sicht ist eine Verschuldung für dieses wegweisende Projekt aber zu vertreten. Ich möchte an der Stelle jedoch davor warnen, die Kreditaufnahme durch mehr Bauplatzverkäufe zu kompensieren.

In den kommenden Jahren werden uns neben dem Rathausumfeld noch weitere Projekte erwarten. Ich denke dabei u.a. an Sanierungen bestehender Straßen. Wir sollten uns aber auch langfristig mit dem Gedanken anfreunden, dass die Sanierung des Rasenplatzes im Waldstadion kommen wird. Im Jahr 2025 werden wir das 750-jährige Bestehen der Gemeinde feiern können. Hierfür haben wir uns ein Budget in der Größenordnung von rund 150.000 € gesetzt, damit wir ein schönes Fest miteinander feiern können.

Meine Damen und Herren,

Ich danke Herrn Schaupp und Frau Krückel für die Erstellung des Planes.

Ich glaube, dass ich auch im Namen des gesamten Gremiums herzlich „danke“ sagen kann für die Fertigstellung noch auf die Dezembersitzung! Das war für Sie mit

*etlichen Klimmzügen und Anstrengungen verbunden – das wissen wir zu schätzen und danken Ihnen!*

*Jüngste Tradition ist bei uns, dass wir Ihnen den Haushaltsplan als Geschenk nachreichen. Den Haushalt 2023 haben Sie als Ostergeschenk bekommen, den Haushalt für 2024 gibt's als Weihnachtsgabe. Die PDF-Version wird Ihnen Anfang nächster Woche in Session eingestellt.*

*Damit ist der diesjährige Haushalt eingebracht, meine sehr geehrten Damen und Herren.*

*Ihnen und uns wünsche ich gute Beratungen.“*

**Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.**